



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.



CAJ/33/5

ORIGINAL : französisch

DATUM : 25. April 1994

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENEVE

VERWALTUNGS- UND RECHTSAUSSCHUSS

Dreiunddreissigste Tagung

Genf, 27. Oktober 1993

BERICHT

vom Ausschuss angenommen

Einführung

1. Der Verwaltungs- und Rechtsausschuss (nachfolgend als "Ausschuss" bezeichnet) hielt am 27. Oktober 1993 unter dem Vorsitz von Herrn H. Kunhardt (Deutschland) seine dreiunddreissigste Tagung ab. Die Teilnehmerliste ist in der Anlage zu diesem Bericht wiedergegeben.
2. Der Vorsitzende eröffnete die Tagung und hiess die Teilnehmer willkommen.

Annahme der Tagesordnung

3. Der Ausschuss nahm die in Dokument CAJ/33/1 enthaltene Tagesordnung an.

UPOV-Musterverwaltungsvereinbarung für die internationale Zusammenarbeit bei der Prüfung von Sorten

4. Die Erörterung stützte sich auf Dokument CAJ/33/2.
5. Eine kurze Aussprache fand in bezug auf die vierte Erwägung der Präambel statt. Die Delegation Frankreichs unterstrich, dass der neue Wortlaut der gegenwärtigen Situation insofern besser angepasst sei, als er der Unzweckmässigkeit einer "Zentralisierung" - z. B. aufgrund agro-klimatischer Bedingungen - sowie der Möglichkeit Rechnung trage, die Prüfung bei mehreren Behörden zu "zentralisieren". Der Ausschuss nahm schliesslich die Erwägung in ihrer in Dokument CAJ/33/2 vorgeschlagenen Fassung an.

6. Ausserdem fand eine Diskussion über Artikel 4 Absatz 3 Nummer i sowie über die Frage statt, durch wen eine Person "ordnungsgemäss zu ermächtigen sei" (durch die durchführende Behörde, die übernehmende Behörde oder durch beide). Der Ausschuss beschloss, den vorgeschlagenen Wortlaut beizubehalten, der alle notwendige Flexibilität biete, und zwar, in der Annahme, dass - bei Bedarf und soweit möglich und zweckmässig - die zweiseitigen Vereinbarungen über diese Frage präzisiert werden könnten.

7. Der Ausschuss nahm die vom Verbandsbüro vorgeschlagene Aenderung des Artikels 1 Absatz 1 an. In dieser Hinsicht wurde betont, dass es die Aufgabe der übernehmenden Behörde - und nicht des Züchters - sei, die Prüfungsbedingungen zu definieren, wenn mehrere bilaterale Vereinbarungen angewandt werden könnten. Erwähnt wurde auch die Notwendigkeit einer gewissen Disziplin: Eine Behörde, welche akzeptiere, eine für die internationale Zusammenarbeit angepasste Vergleichssammlung zu erhalten, müsse erwarten dürfen, dass die Sorten von ihr geprüft würden.

8. Der Ausschuss nahm ebenfalls die Aufnahme eines neuen Absatzes 3 an.

9. Der vom Ausschuss angenommene Wortlaut wurde der siebenundzwanzigsten ordentlichen Ratstagung in Dokument C/27/9 Add. unterbreitet. [Der Rat nahm diesen Wortlaut gleichfalls an.]

Neuheit

10. Die Erörterung stützte sich auf Dokument CAJ/33/3.

11. Der Vorsitzende unterstrich in seiner Einführung die konzeptionelle Analogie mit dem Begriff der Neuheit im Patentrecht: die Neuheit gehe grundsätzlich verloren, wenn Material, das - zumindest theoretisch - die Vermehrung der Sorte erlaube, in den Besitz Dritter gelange. Zur Frage der Tragweite der sich aus dem Besitz aufgrund eines Verkaufs oder einer Abgabe ergebenden Befugnisse (der Frage, ob der Verkauf oder die Abgabe "zum Zwecke der Auswertung der Sorte" erfolge) sowie zum Begriff des "Dritten" bemerkte er, dass sich in Deutschland auf dem Gebiet der Patente bereits eine Rechtsprechung entwickelt habe, die vermutlich entsprechend anwendbar wäre. Im Falle eines Konzerns sei die Natur der Verbindungen zwischen den Betrieben entscheidend, wenn es um die Frage gehe, ob das Unternehmen, an welches das Material abgegeben worden sei, "ein Dritter" sei oder nicht. Die Delegation Japans unterstützte diesen Standpunkt.

12. Die Delegation der Niederlande erklärte sich völlig einverstanden mit der Analyse des Verbandsbüros in Dokument CAJ/33/3. Nach ihrem Dafürhalten müsse die Frage jetzt dem nationalen Gesetzgeber und der Rechtsprechung überlassen bleiben.

13. Die Delegation der Tschechischen Republik schnitt die Frage der Neuheit einer Hybride an, deren Formel soeben preisgegeben worden sei. Die Delegation Frankreichs entgegnete, dass die Neuheit aufgrund von Transaktionen mit Saat- oder Erntegut beurteilt werde; eine Formel ohne Ausgangsmaterial sei im übrigen wertlos.

14. Ausserdem stellte die Delegation Frankreichs fest, dass sie bei der in Absatz 47 der Anlage zu Dokument CAJ/33/3 festgehaltenen Stellungnahme in bezug auf die Neuheit von Linien bleibe. Die Delegationen der Niederlande und Spaniens unterstützten sie in diesem Punkt.

15. Der Vorsitzende schloss den Meinungs austausch ab und bemerkte, dass es auf künftigen Tagungen möglich sei, über die Entscheidungen des Gesetzgebers

in bezug auf die Uebertragung des Artikels 6 Absatz 1 der Akte von 1991 des Uebereinkommens in das nationale Recht und die eventuelle Rechtsprechung zu berichten.

Aufrechterhaltung wohlerworbener Rechte

16. Die Erörterung stützte sich auf Dokument CAJ/33/4.

17. Der Vorsitzende bemerkte in seiner Einführung, dass die Diskussion nur die Form eines Gedankenaustausches über das Uebergangsrecht in bezug auf im wesentlichen abgeleitete Sorten haben könne. Er rief in Erinnerung, dass das Verbandsbüro in Dokument CAJ/31/4 zwischen drei Lösungen* unterschieden habe und dass sich die Delegation der Niederlande auf der vorangegangenen Tagung bereits für die Zwischenlösung entschieden habe, die am wenigsten Anlass zu Reibungen gebe.

18. Die Delegation Neuseelands bemerkte, sie könne die Auffassung nicht teilen, dass Artikel 40 im Falle der im wesentlichen abgeleiteten Sorten mit der Begründung nicht anwendbar sei, dass das Züchterrecht nur ein Verbotungsrecht sei. Diese Frage sei auf nationaler Ebene geprüft worden; es sei davon ausgegangen worden, dass das dem Züchter einer im wesentlichen abgeleiteten Sorte erteilte Recht im Gegenteil begrenzt sei und dass die auf ein Verbotungsrecht gestützte Begründung künstlich sei. Ganz allgemein sei ein Gesetz mit rückwirkenden Auswirkungen nicht möglich. Die "breite Lösung" sei verworfen worden. Die "Mittelwegslösung" habe man als nicht voll befriedigend angesehen, weil man sie keinen zufriedenstellenden Schutz der Investitionen der Züchter biete. Die Wahl sei deshalb auf die "enge Lösung" - oder besser gesagt: die "aufgeschobene Lösung" - gefallen. Es sei akzeptiert worden, dass die neuen Bestimmungen ihre Wirkung nur progressiv entfalten würden.

19. Die Delegation Japans teilte mit, dass ihr Land die "Mittelwegslösung" gewählt habe, welche als mit Artikel 40 der Akte von 1991 des Uebereinkommens vereinbar befunden worden sei.

20. Die Delegation des Vereinigten Königreichs erklärte, dass sich ihr Land nach Anhörung der Züchter ebenfalls für die "Mittelwegslösung" entschieden habe. Sie erwarte keine unüberwindbaren rechtlichen Probleme, weil sich die Züchter mehrheitlich für diese Lösung ausgesprochen hätten. Ergänzend bemerkte sie, dass die Bestimmungen über die Zwangslizenzen berücksichtigt werden müssten. Auf allgemeinerer Ebene rief sie in Erinnerung, dass, als die Schutzdauer verlängert worden sei, die bereits bestehenden Sorten nach Massgabe eines allgemeinen Grundsatzes in den Genuss der Verlängerung gekommen seien. Sie sehe

* Enge Lösung: Artikel 14 Absatz 5 Nummer i der Akte von 1991 ist nur auf Ursprungssorten anwendbar, die nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes geschützt wurden, und infolgedessen auch (zumindest in einer sehr grossen Mehrheit der Fälle) auf im wesentlichen abgeleitete Sorten, die nach diesem Zeitpunkt erzeugt wurden.

Mittelwegslösung: Diese Bestimmung ist ebenfalls auf Ursprungssorten anwendbar, die vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes geschützt wurden, aber nur in bezug auf im wesentlichen abgeleitete Sorten, die nach diesem Zeitpunkt "in Erscheinung treten". Die zuvor erschienenen im wesentlichen abgeleiteten Sorten werden weiterhin eine selbständige Existenz führen.

Breite Lösung: Diese Bestimmung ist auf alle Sorten anwendbar, einschliesslich der im wesentlichen abgeleiteten Sorten, die vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes "in Erscheinung getreten" sind.

nicht ein, weshalb man im Falle der im wesentlichen abgeleiteten Sorten von diesem Grundsatz abweichen sollte.

21. Die Delegation der Niederlande rief in Erinnerung, dass sich ihr Land für die "Mittelwegslösung" entschieden habe. In bezug auf den von der Delegation Neuseelands beschriebenen Standpunkt sehe sie keinen Anlass dazu, den Züchtern von im wesentlichen abgeleiteten Sorten gegenüber zuvorkommend zu sein: Diese wüssten schliesslich schon seit langem, dass sich die Bedingungen für die Auswertung der Sorten änderten, und hätten somit viel Zeit gehabt, sich an die neue Situation anzupassen.

22. Die Delegation Spaniens bemerkte, dass sie noch keine Gelegenheit gehabt habe, ein Rechtsgutachten zu dieser Frage einzuholen. Indes sehe sie Schwierigkeiten voraus, wenn das zu wählende System Auswirkungen auf die vorhandenen Rechte haben sollte.

23. Die Delegation Australiens stellte fest, die Situation in Australien sei ähnlich wie diejenige in Neuseeland. Eine rückwirkende Kraft sei verfassungswidrig, und die "Mittelwegslösung" sei nicht akzeptabel, wenn sie sich für eine Person nachteilig auswirken sollte.

24. Die "Mittelwegslösung" sei in Dänemark, Deutschland und Polen vorgeschlagen worden oder werde voraussichtlich vorgeschlagen werden.

25. Die Delegation Frankreichs kam nochmals auf den Begriff der Rückwirkung zurück. Rückwirkende Kraft sei vorhanden, wenn der Züchter einer Ursprungsorte Vergütungen für die Auswertung einer im wesentlichen abgeleiteten Sorte verlangen könne, die vor Aenderung des Gesetzes erfolgt sei. Eine derartige Rückwirkung sei nicht möglich. Die "Mittelwegslösung" beinhalte hingegen kein rückwirkendes Element. Demgegenüber werfe sie aber die Frage von Investitionen auf, die vor der Aenderung gemacht und nach dieser zum Abschluss gebracht worden seien. In dieser Hinsicht sei es vielleicht angebracht, die Zweckbestimmung des Schutzsystems zu berücksichtigen, die darin bestehe, die Forschung und das Inverkehrbringen besserer Sorten zu fördern. Im Falle von vegetativ vermehrten Pflanzen, namentlich Zierpflanzen, führe das gegenwärtige System zu einer Besitzentziehung des Züchters einer Ursprungsorte, sobald ein Mutant in Erscheinung trete, der sie auf dem Markt ersetze. Im Falle von generativ vermehrten Pflanzen seien die Züchtungsprogramme hingegen viel länger und sehr viel teurer und ergäben für die Landwirte interessante Resultate. Es sei deshalb möglich, dass man in Frankreich eine modulierte "Mittelwegslösung" festhalte, welche für generativ vermehrte Pflanzen Elemente einbeziehe, die in Absatz 10 von Dokument CAJ/33/4 enthalten seien (aber nicht die Zwangslizenz, da der Zusammenstoss von zwei privaten Interessen zu keinem öffentlichen Interesse führten).

Künftiges Arbeitsprogramm

26. Der Ausschuss kam nach einer Debatte, an der sich mehrere Delegationen beteiligten, überein, dass einerseits das neue Mustergesetz zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zunächst in Zusammenarbeit mit einer engeren Sachverständigengruppe vom Verbandsbüro ausgearbeitet werden sollte und dass andererseits der Ausschuss nur dann im April 1994 zusammentreten sollte, wenn den Delegationen lange genug im voraus ein Entwurf zur Verfügung gestellt werde. [Der Rat beschloss auf seiner siebenundzwanzigsten ordentlichen Tagung, keine Tagung des Ausschusses für April 1994 vorzusehen.]

27. Dieser Bericht ist auf schriftlichem Wege angenommen worden.

ANNEXE/ANNEX/ANLAGE

**LISTE DES PARTICIPANTS/
LIST OF PARTICIPANTS/
TEILNEHMERLISTE**

(dans l'ordre alphabétique des noms français des Etats/
in the alphabetical order of the names in French of the States/
in alphabetischer Reihenfolge der französischen Namen der Staaten)

I. ETATS MEMBRES/MEMBER STATES/VERBANDSSTAATEN**AFRIQUE DU SUD/SOUTH AFRICA/SUEDAFRIKA**

David P. KEETCH, Director, Plant and Quality Control, Department of Agriculture, Private Bag X258, Pretoria 0001

Elise BUITENDAG (Mrs.), Principal Plant and Quality Control Officer, Plant and Quality Control, Private Bag X11208, Nelspruit 1200

ALLEMAGNE/GERMANY/DEUTSCHLAND

Rudolf ELSNER, Präsident, Bundessortenamt, Osterfelddamm 80, 30627 Hannover

Henning KUNHARDT, Leitender Regierungsdirektor, Bundessortenamt, Osterfelddamm 80, 30627 Hannover

Walter DÄSCHNER, Regierungsdirektor, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Rochusstrasse 1, 53123 Bonn

Hans-Walter RUTZ, Referatsleiter, Bundessortenamt, Osterfelddamm 80, 30627 Hannover

Michael KÖLLER, Referent, Bundessortenamt, Osterfelddamm 80, 30627 Hannover

AUSTRALIE/AUSTRALIA/AUSTRALIEN

Henry (Mick) LLOYD, Director, Plant Variety Rights Office, Department of Primary Industries and Energy, P.O. Box 858, Canberra, A.C.T. 2601

BELGIQUE/BELGIUM/BELGIEN

Walter J.G. VAN ORMELINGEN, Ingénieur principal, Service de la protection des obtentions végétales, Ministère de l'agriculture, Manhattan Center, Office Tower, 21, avenue du Boulevard, 1210 Bruxelles

CANADA/KANADA

Glenn HANSEN, Director, Commissioner of Plant Breeders' Rights, Plant Products Division, Agriculture Canada, K.W. Neatby Building, 960 Carling Avenue, Ottawa, Ontario, K1A 0C6

DANEMARK/DENMARK/DAENEMARK

Flemming ESPENHAIN, Chairman, Plant Novelty Board, Plant Directorate, Ministry of Agriculture, Skovbrynet 20, 2800 Lyngby

Svend PEDERSEN, Scientist, Plant Directorate, Ministry of Agriculture, Skovbrynet 20, 2800 Lyngby

ESPAGNE/SPAIN/SPANIEN

Ricardo LOPEZ DE HARO, Director Técnico de Registro de Variedades y Certificación, Instituto Nacional de Semillas y Plantas de Vivero, José Abascal, 56, 28003 Madrid

José M. ELENA, Jefe de Area, Registro de Variedades, Instituto Nacional de Semillas y Plantas de Vivero, José Abascal, 56, 28003 Madrid

ETATS-UNIS D'AMERIQUE/UNITED STATES OF AMERICA/VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Lee J. SCHROEDER, Senior Counsellor, Office of Legislation and International Affairs, Patent and Trademark Office, Box 4, U.S. Department of Commerce, Washington, D.C. 20231

Alan A. ATCHLEY, Plant Variety Examiner, Plant Variety Protection Office, Room 500, Department of Agriculture, NAL Building, 10301 Baltimore Blvd., Beltsville, MD 20705

Michael J. ROTH, Patent Counsel, Pioneer Hi-Bred International Inc., 700 Capital Square, 400 Locust Street, Des Moines, Iowa 50309

FINLANDE/FINLAND/FINNLAND

Arto VUORI, Director, Plant Variety Rights Office, Plant Variety Board, Ministry of Agriculture and Forestry, Liisankatu 8, 00170 Helsinki

FRANCE/FRANKREICH

Nicole BUSTIN (Mlle), Secrétaire général, Comité de la protection des obtentions végétales (CPOV), Ministère de l'agriculture, 11, rue Jean Nicot, 75007 Paris

Joël GUIARD, Directeur adjoint, GEVES, La Minière, 78285 Guyancourt Cedex

Philippe DELACROIX, Premier secrétaire, Mission permanente, 36, route de Pregny, 1292 Chambésy, Suisse

HONGRIE/HUNGARY/UNGARN

László DUHAY, Oberrat, National Office of Inventions, Garibaldi u. 2, 1054 Budapest

Tivadarné LÁNG, Senior Examiner, National Office of Inventions, Garibaldi u. 2, 1054 Budapest

IRLANDE/IRELAND/IRLAND

John V. CARVILL, Controller, Plant Breeders' Rights, Department of Agriculture, Food and Forestry, National Variety Testing Centre, Backweston, Leixlip, Co. Kildare

ISRAEL

Shalom BERLAND, Legal Adviser, Registrar of Plant Breeders' Rights, Ministry of Agriculture, Arania St. 8, Hakiria, Tel Aviv 61070

ITALIE/ITALY/ITALIEN

Pasquale IANNANTUONO, Conseiller juridique, Service des accords de propriété intellectuelle, Ministère des affaires étrangères, Palazzo Farnesina, 00100 Rome

Giovanna MORELLI GRADI (Mme), Chef de Division, Office italien des brevets et des marques, Ministère de l'industrie, du commerce et de l'artisanat, Via Molise 19, 00187 Rome

JAPON/JAPAN

Hidenori MURAKAMI, Director, Seeds and Seedlings Division, Agricultural Production Bureau, Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries, 1-2-1 Kasumigaseki, Chiyoda-ku, Tokyo

Hiroki TANAKA, Deputy Director, Seeds and Seedlings Division, Agricultural Production Bureau, Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries, 1-2-1 Kasumigaseki, Chiyoda-ku, Tokyo

Kôji HIRAYAMA, Director, Examination Standard Office, Patent Office, 3-4-3 Kasumigaseki, Chiyoda-Ku, Tokyo

Yoshiyuki TAKAGI, First Secretary, Permanent Mission, 3, chemin des Fins, 1211 Geneva 19, Switzerland

NORVEGE/NORWAY/NORWEGEN

Nordahl ROALDSØY, Adviser, Royal Ministry of Agriculture, P.O. Box 8007 Dep., 0030 Oslo

Kåre SELVIK, Director General, Royal Ministry of Agriculture, P.O. Box 8007 Dep., 0030 Oslo

Haakon SØNJU, Senior Executive Officer, The National Agricultural Inspection Service, STIL, P.O. Box 3, 1430 As

NOUVELLE-ZELANDE/NEW ZEALAND/NEUSEELAND

Bill WHITMORE, Commissioner of Plant Variety Rights, Plant Variety Rights Office, P.O. Box 24, Lincoln

PAYS-BAS/NETHERLANDS/NIEDERLANDE

Bart P. KIEWIET, Chairman, Board for Plant Breeders' Rights, P.O. Box 104, 6700 AC Wageningen

Elisabeth HUYZER (Mrs.), Legal Adviser, Ministry of Agriculture, Bezuidenhoutseweg 73, The Hague

Johan P. PLUIM MENTZ, Secretary, Board for Plant Breeders' Rights, P.O. Box 104, 6700 AC Wageningen

POLOGNE/POLAND/POLEN

Eugeniusz BILSKI, Director, Research Centre of Cultivars Testing (COBORU), 63-022 Slupia Wielka

Jan VIRION, Chef-expert, Ministère de l'agriculture et de l'économie alimentaire, 30, rue Wspolna, 00-930 Varsovie

Kazimierz DMOCHOWSKI, Scientific Worker, Research Centre of Cultivars Testing (COBORU), 63-022 Slupia Wielka

REPUBLIQUE TCHEQUE/CZECH REPUBLIC/TSCHECHISCHE REPUBLIK

Erik SCHWARZBACH, Director, Plant Variety Testing Branch, UKZUZ (State Institute for Control and Testing in Agriculture), Hroznova 2, 65 606 Brno

ROYAUME-UNI/UNITED KINGDOM/VEREINIGTES KOENIGREICH

John ARDLEY, Deputy Controller, Plant Variety Rights Office, White House Lane, Huntingdon Road, Cambridge CB3 0LF

SLOVAQUIE/SLOVAKIA/SLOWAKEI

Roman SUCHÝ, Senior Officer, Ministry of Agriculture, Dobrovicova 12, 812 66 Bratislava

SUEDE/SWEDEN/SCHWEDEN

Karl Olov ÖSTER, Permanent Under-Secretary, Ministry of Agriculture; President, National Plant Variety Board, Drottningatan 21, 103 33 Stockholm

Evan WESTERLIND, Head of Office, National Plant Variety Board, Box 1247, 171 24 Solna

SUISSE/SWITZERLAND/SCHWEIZ

Hans SPILLMANN, Wissenschaftlicher Adjunkt, Bundesamt für Landwirtschaft, 3003 Bern

II. ETATS OBSERVATEURS/OBSERVER STATES/BEOBACHTERSTAATEN

COLOMBIE/COLOMBIA/KOLUMBIEN

Juan C. ESPINOSA, Premier secrétaire, Mission permanente, 17-19, chemin du Champ-d'Anier, 1209 Genève, Suisse

CROATIE/CROATIA/KROATIEN

Petar JAVOR, Deputy Head, Department for Cereals Breeding, Institute for Breeding and Production of Field Crops, Marulicev trg 5/I, 41000 Zagreb

MAROC/MOROCCO/MAROKKO

Amar TAHIRI, Chef de Bureau du Catalogue officiel, D.P.V.C.T.R.F., Service de contrôle des semences et plants, B.P. 1308, Rabat

PORTUGAL

Carlos M.C. PEREIRA GODINHO, Expert, Office de la protection des obtentions végétales, CENARVE, Edificio II, C.N.P.P.A., Tapada da Ajuda, 1300 Lisboa

REPUBLIQUE DE COREE/REPUBLIC OF KOREA/REPUBLIK KOREA

Yang Sup CHUNG, Intellectual Property Attaché, Permanent Mission, 20, route de Pré-Bois, 1215 Geneva 15, Switzerland

Seongwan KIM, Patent Examiner, Korean Industrial Property Office (KIPO), 823, Yeoksam-dong, Kangnam-ku, Seoul 135-784

ROUMANIE/ROMANIA/RUMAENIEN

Adriana PARASCHIV (Mrs.), Head, Examination Department, State Office for Inventions and Trademarks, 5, Ion Ghica, Sector 3, Bucharest

SLOVENIE/SLOVENIA/SLOWENIEN

Marina PEČNIK (Mrs.), Adviser, Ministry of Agriculture and Forestry, Parmova 33, 61000 Ljubljana

Joze SPANRING, Member of the Executive Committee for the Release of Cultivars, P.O. Box 486, Jamnikarjena 101, 61001 Ljubljana

TURQUIE/TURKEY/TUERKEI

Bayram KAGAR, Deputy Counsellor for Economic and Commercial Affairs, Permanent Mission, 28, chemin du Petit-Saconnex, 1211 Geneva 19, Switzerland

III. ORGANISATIONS INTERGOUVERNEMENTALES/INTERGOVERNMENTAL ORGANIZATIONS/
ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

ORGANISATION MONDIALE DE LA PROPRIETE INTELLECTUELLE (OMPI)/
WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION (WIPO)/
WELTORGANISATION FUER GEISTIGES EIGENTUM (WIPO)

Octavio ESPINOSA, Head, Patent Law Section, Industrial Property Division,
34, chemin des Colombettes, 1211 Geneva 20, Switzerland

COMMUNAUTE EUROPEENNE (CE)/
EUROPEAN COMMUNITY (EC)/
EUROPAEISCHE GEMEINSCHAFT (EG)

Jürgen A. TIEDJE, Administrateur adjoint, Commission des Communautés euro-
péennes, Direction générale de l'agriculture, 200, rue de la Loi (Loi 84-1/3),
1049 Bruxelles, Belgique

IV. BUREAU/OFFICER/VORSITZ

Henning KUNHARDT, Vorsitzender

V. BUREAU DE L'UPOV/OFFICE OF UPOV/BUERO DER UPOV

Arpad BOGSCH, Secretary-General
Barry GREENGRASS, Vice Secretary-General
André HEITZ, Director-Counsellor
Max-Heinrich THIELE-WITTIG, Senior Counsellor
Makoto TABATA, Senior Program Officer

[Fin du document/
End of document/
Ende des Dokuments]